

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage *Leben, Wissen, Kunst* sowie der *Frauen- und Jugendzeitung* einschließlich *Dringender* monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die 6spaltigen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 182.

Dresden, Donnerstag den 8. August 1912.

23. Jahrg.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag den 15. September, abends 7 Uhr nach Chemnitz ein.

Die Eröffnung soll am 15. September in der Sporthalle stattfinden:

Konstituierung des Parteitages
Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, und
Wahl der Mandatsprüfungskommission.
Die Verhandlungen der folgenden Tage finden im Wintergarten, Schönau-Chemnitz statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert;
b) Kassendbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Raden.
3. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
4. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
5. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
6. Der Imperialismus. Referent: Genosse Saase.
7. Die Kaiserzeit. Referent: Genosse Pfannkuch.
8. Der internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Volkenduh.
9. Anträge.
10. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

Dr. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10, Absatz 2 des Organisationsstatuts im Vorwärts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im Vorwärts noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe als bald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Partei sekretär B. Kühn, Chemnitz, Dresdner Str. 38.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

Dr. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

verhandelt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen!

Der Parteivorstand.

Werkmeister und Gewerkschaftsbewegung.

Mit Unbehagen wird jetzt in der Unternehmerpresse die Tatsache registriert, daß der Gewerkschaftsgebanke auch unter den Angestellten der Großindustrie an Boden gewinnt. Neben den Handlungsgehilfen, den kaufmännischen Insubrieebeamten der auch in Technikerkreisen der Interessengegensatz zum Arbeitgeber, die Notwendigkeit zur gewerkschaftlichen Aktion, immer schärfer betont.

Vor sieben Jahren etwa ist der Bund der technisch-industriellen Beamten gegründet worden mit dem ausgesprochenen Zweck, jene gewerkschaftlichen Kampfmethoden anzuwenden, wie sie in der Arbeiterbewegung vorbildlich geworden sind. Trotz aller Widerstände der Unternehmer hat diese Organisation Fortschritte gemacht, hat die ganze Technikerbewegung radikalisiert und eine klare Scheidung des Verbandslebens in akademische Fachvereine, Harmonieverbände und Kampfesorganisationen erzielt.

Ueber diese Entwicklung ist in der Arbeiterpresse und in der Partei-Literatur schon eingehend berichtet worden. Die Dinge sind auch für uns bemerkenswert, weil sie zeigen, daß nicht nur mit zunehmender Industrialisierung die Gewer-

schaftskämpfe sich verschärfen, sondern daß nun auch den gelingenden Lohnarbeitern der Industrie, den Angestellten, die Waffe der gewerkschaftlichen Notwehr aufgezwungen wird.

Diese gewerkschaftlichen Organisationsbildungen müßten entstehen aus den Entwicklungsbedingungen der großindustriellen Arbeitsorganisation. Die Angestellten bilden die Mittelschichten zwischen den Unternehmernkapitalisten und der Arbeiterschaft; der kaufmännische Angestellte, der Techniker, der Arbeitsorganisator, alle diese Fabrikbeamten haben für den Unternehmer den Betrieb zu verwalten und zu leiten. Sie bilden eine Bureaufraie und sind fast ausnahmslos der Arbeiterschaft übergeordnet. Aber in ihren Beziehungen zum Unternehmen sind doch sie selbst nur Lohnarbeiter und Mieslinge. Das Bureau ist ebenso „organisiert“ wie die Werkstatt: Arbeitsteilung, Mechanisierung, Austauschbarkeit der einzelnen Arbeitstätigkeiten. Das sind die treibenden Faktoren in der Entwicklung. Es handelt sich um mehr als um eine „Herabminderung der Schäden des Kapitalismus“, um „das Recht der Persönlichkeit im Großbetrieb“, um „das Vorrrecht des lebenden Menschen vor den toten Sachgütern des Kapitalismus“. Mit solchen Thesen, die von den Führern der bürgerlichen Angestelltenbewegung in der Agitation verwendet werden, sind die wirklichen Kernfragen nicht formuliert. Es handelt sich tatsächlich um einen Entscheidungskampf mit den neuen Großmächten des Industriekapitalismus, um eine Neuverbindung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt. Es sind also die Ziele der Arbeiterbewegung, es gibt für die Angestellten kein Stehenbleiben und kein Zurück, vorwärts treibt die industrielle Entwicklung, vorwärts treibt die proletarische Arbeiterbewegung, vorwärts treibt die Kapitalistische Arbeiterorganisation, vorwärts treibt die Zuspitzung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit.

Natürlich fehlt es auch nicht in der Angestelltenbewegung an Reaktionsbestrebungen, an den Menschen, die der Entscheidung aus dem Wege gehen wollen und die Entwicklung aufhalten möchten. Die Angestelltengewerkschaftler haben ebenfalls ihre Gelben und ihre Streikbrecher. Eine eigenartige Rolle spielt der Deutsche Werkmeisterverband. Er zählt über 50 000 Mitglieder. Aber trotz seiner numerischen Stärke ist er ein Hemmschuh für die übrigen Angestelltenverbände gewesen. Wenn man der Verbandsleitung glauben wollte, besteht zwischen dem Werkmeister und den großindustriellen Arbeitgebern die schönste Interessensharmonie. In allen gemeinsamen Aktionen hat der Werkmeisterverband sich vor der Entscheidung gedrückt, hat sich den Unternehmern unterworfen, hat die Interessen seiner Mitglieder zu verteidigen. Jede Opposition der Vereinskammler gegen diese Politik ist niedergebunden worden. Die Bundesgenossenschaft der Unternehmer mit dem Vorstand des Werkmeisterverbandes dokumentiert nun ein recht eigenartiger Brief, der die Angestelltenpresse durchläuft und auch schon in der Arbeiterpresse zitiert worden ist.

Es handelt sich um jenes Schreiben des Herrn Dr. Hoff vom Arbeitgeberverband der norddeutschen Eisen- und Stahlindustriellen. Da wird zunächst mitgeteilt, daß die Bezirksvereine der Werkmeister in Groß-Häufeldorf die Arbeitgeber um Geld angefordert haben. Die Arbeitgeber haben nun festzustellen gesucht, ob die Werkmeister noch als artige Kinder an ihrem Gründungsprogramm festhalten. Die Jenfur ist nicht ganz gut ausgefallen. Es werden Oppositionsstimmen, „gewerkschaftliche Verkörperungen“, Angriffe auf die „nationale Arbeiterbewegung“, die radikalere Haltung der Berliner Richtung unliebsam bemerkt. Es wird deshalb in dem Rundschreiben an die Unternehmer aufgefordert, daß der Arbeitgeberverband „die Leitung des Werkmeisterverbandes in ihrem Kampfe gegen die gewerkschaftliche Richtung zu unterstützen“ habe. So wird den Werkmeistern von den Unternehmern selbst beschimpft, daß ihr Verband nicht als Angestelltenorganisation, sondern als Streikbrecherbande zu bewerten ist.

Für die Gewerkschaftspraxis sind diese Vorgänge deshalb bemerkenswert, weil gerade in der Großindustrie der Werkmeister eine höchst eigenartige Rolle spielt. Wir sehen überall in den Betrieben, wie ein Systemwechsel in der industriellen Betriebsführung stattfindet. Den Unternehmern sind die Produktivkräfte über den Kopf gewachsen. Sie haben sich vergrößern müssen. Dazu zwang der industrielle Fortschritt und der kapitalistische Wettbewerbs. Zugleich werden aber damit neue industrielle Verwaltungsarbeiten notwendig. Der durch Arbeitsteilung und Maschinenwirtschaft komplizierter gewordene Betrieb muß nun sachgemäß zu verwalten und in seinen feinsten Beziehungen zu überblicken.

Bisher ist der Werkmeister der eigentliche Betriebsleiter gewesen, der Mann der praktischen Erfahrung, der mit dem Betrieb aufgewachsen war. Da diese Verhältnisse mit dem modernen Betriebsleitung nicht mehr ausreichen, werden jüngste Fabrikorganisatoren engagiert, Leute, die das Gebiet der Betriebsführung sachgemäß studiert haben. Diese neuen Berufsstränge bekommen den Auftrag, den Betrieb zu „reorganisieren“, Einrichtungen zu treffen, mit denen unter den neuen Fabrikationsbedingungen überall der höchste Ruckeffekt herausgewirksam werden kann.

Es findet ein Kampf gegen die „Werkmeisterwirtschaft“ statt. Der Werkmeister wird aus seiner selbständigen Position gedrängt. Er wird fast gestellt. Die Funktionen der Betriebsführung, die Disposition über den Gang der Arbeit, die Festlegung des Arbeitslohnes werden ihm abgenommen. Dazur

wird der Meister immer mehr auf die Arbeiter als Antreiber, Manager, Einzeiler losgelassen.

Überall sehen wir Neueinrichtungen hervortreten, die so gleichförmig sind, daß sie nur auf Grund eines gemeinsamen Erfahrungsaustausches entstanden sein können: Es wird ein Kampf um den Arbeitslohn mit dem Arbeiter geführt. Man sucht durch Probearbeiter die höchsten Arbeitsleistungen zu fixieren und dieses Reformmaß als Durchschnittsleistung den übrigen Arbeitern aufzuzwingen. Dazu braucht der Unternehmer „Vertrauensleute“, die er zum Vorarbeiter, Einzeilermeister, Werkführer macht. So steht der Meister auf der untersten Stufe der Fabrikbeamtenbureaufraie und wird doch nur zu Mitteldiensten gebraucht. Er ist der subalterne Meilung und Lohnbdiener des Kapitalisten. Er muß Funktionen im Arbeitsplan ausführen, die er nicht selbst entworfen hat, für die er nicht selbst verantwortlich ist, die ihm aufgezwungen werden und für die er dann doch die Verantwortung zu tragen hat.

Der Industrieangestellte nimmt im allgemeinen immer eine Mittelstellung ein. Er steht zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter. Beim Werkmeister aber hat sich diese Position zu einer direkt unbankbaren Pufferstellung entwickelt. Von oben gedrängt, nach unten zu treiben, setzen dem die Arbeiter ihren Widerstand entgegen. Die Steigerung des Arbeitstempes zum Raubbau wird von den Arbeitergewerkschaften abzuwehren gesucht. So ist der Werkmeister ein Preisbock, nach keiner Seite hin geschützt. Er findet nicht einmal einen Halt in seiner Organisation. Im Gegenteil. Die Vorstandsmitglieder im Werkmeisterverband tragen Scheuklappen, sie sehen diesen neuen Formen und Fragen im industriellen Arbeitsverhältnis fremd und unvollständig gegenüber. Sie suchen mit den Unternehmern die Interessensharmonie zu bewahren, die es nicht gibt, die es um so weniger geben kann, je mehr wir den arbeitsorganisatorisch verfeinerten Großbetriebsformen zuschreiben. So werden die Verunsicherungen der Werkmeister in diesem Verbande nicht gewahrt, sondern verlegt und vertrat.

Es bleibt deshalb auch dieser Berufsgruppe nichts anderes übrig, als den gleichen Weg zu gehen, den seit einigen Jahren die Techniker betreten haben: der Berufsverband ist als Angestelltenorganisation auszubilden, als Angestellten-gewerkschaft. Der Interessengegensatz, wie er auch zwischen Unternehmern und Angestellten vorhanden ist, muß seinen Niederschlag finden im Gewerkschaftskampfe. Je eher die Werkmeister das erkennen, je einheitlicher sie sich, gleichgerichtet mit den Arbeitergewerkschaften, in Kampfesstellung dem Unternehmer gegenüber zusammenschließen, desto besser für sie, für ihre eigene soziale Lage und Stellung, die sie im Produktionsprozeß einnehmen.

Deutsches Reich.

Der Zweck der Kolonien.

Sehr viel Kopfzerbrechen bereitet seit jeher unseren Ordnungsgeliebten das immer größer werdende akademische Proletariat. Früher konnte der Landwirtmeister seinen Sohn ruhig wieder Landwirts werden lassen. Dürfte er doch mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß dieser einmal das väterliche Geschäft übernehmen oder sich sonst als selbständiger Landwirts eine Existenz schaffen kann, die zwar nicht gerade glänzend ist, aber doch einem Mann seine Nahrung und eine leidlich angenehme gesellschaftliche Stellung bringt. Der Boden des Handwerks ist aber nicht nur nicht mehr golden, sondern er ist höchst schwindend und unsicher geworden. Wo heute noch ein kleiner Unternehmer sich einigermassen halten kann, weiß er nicht, ob nicht in wenigen Jahren die großkapitalistische Konkurrenz seinem Geschäft den Garaus machen wird. Und dann muß sein Sohn, der Handwerker geworden ist, als Arbeiter oder unterer Angestellter in eine Fabrik, wird zum Proletarier. Daß das Leben eines Fabrikproletariats nicht gerade viel Gemüte und Annehmlichkeiten bringt, wissen die Leute aus dem Mittelstand zur Genüge, und wer ein paar Kröten zusammenbringen kann, der läßt seinen Sohn studieren, um ihn vor dem Verfallen ins Proletariat zu bewahren. Daher der große Andrang zu den akademischen Verufen nicht nur aus den Kreisen der Bourgeoisie, sondern vor allem auch aus denen des Kleinbürgertums und der ihm nahestehenden Schichten.

So schreibt die Tägliche Rundschau:

1910 waren von den Berliner Studenten nahezu ein Drittel, 29,59 v. H., Söhne von mittleren und Unterbeamten, Volksschullehrern und Handwerkern, Bauern usw. und nur etwa ebensoviele, 31,96 v. H., Söhne von höheren Beamten, Geistlichen, Kerkern, Apothekern, Offizieren, Architekten, Ingenieuren, Schriftstellern, Künstlern usw. Dieses Drängen zum Studium ist das Zeichen eines unablässigen waderen Strebens, aber es bedroht uns mit einem Abiturientenproletariat und einer Ueberfüllung der höheren Verufe. Nachdem die jungen Männer auf den kostbaren hohen Schulen jahrelang mit großem Fleiß gearbeitet haben, fügen sie da und können ihre Ausbildung nicht vertieren. Die Jahre der höchsten Kraft, um die Dreißig, werden verleben mit trüblichem Gatten auf eine Anstellung, deren Gehalt kaum mehr beträgt, als ein Berliner Maurer mit zwanzig Jahren verdient. In den technischen Verufen und im Kaufmannsberuf geht es ebenso.

Die Tägliche Rundschau verweist dann auf Ausführungen des bekannten Professors Delbrück in den Preussischen Jahrbüchern, wo es heißt: